



Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte



3
—
21

Editorial

Liebe Leserin und lieber Leser,

die Bayerische Verfassung wird 75 Jahre alt! E+P gratuliert sehr herzlich und widmet ihr aus diesem erfreulichen Anlass den Schwerpunkt dieser Ausgabe:

- In einem Interview sprechen der ehemalige und neue Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs über die Rolle der Dritten Gewalt im Freistaat.
- Dass die Jubilarin auch im 21. Jahrhundert eine stabile Grundlage für unsere Gesellschaft bietet, zeigen Ludwig Unger und Monika Franz in ihrem Überblicksartikel.
- Wie es um die in Art. 3, Abs. 2 GG und Artikel 118, Abs. 2 BV garantierte Gleichstellung zwischen Mann und Frau bestellt ist, untersuchen Mina Mittertrainer und Barbara Thiessen.

Auch im aktuellen Streit zwischen Polen und der EU spielen verfassungsrechtliche Fragen eine zentrale Rolle: Thomas Urban analysiert und kommentiert die Situation.

Im Interview mit Rachel Salamander und Jutta Fleckenstein über die von ihnen herausgegebene Lebensgeschichte des ehemaligen Präsidenten von Bayern München, Kurt Landauer, erfährt man u.a. interessante Details seiner Biographie. E+P gibt außerdem Einblicke in die Graphic Novel-Verfilmung über eine weitere Jubilarin: Die Holocaust-Überlebende Margot Friedländer wurde am 5. November 100 Jahre alt.

Weitere Artikel in dieser Ausgabe beschäftigen sich mit dem Beutelsbacher Konsens, der Bedeutung digitaler Medien für die Politik sowie der Rolle der Landwirtschaft in der Sowjetunion.

Wir wünschen eine anregende und im besten Fall unterhaltsame Lektüre.

Die Redaktion



Abschließend möchten wir Sie gerne auf unsere Abo-Aktion hinweisen: Nutzen Sie die Gelegenheit und schicken Sie uns die heraustrennbare Postkarte aus diesem Heft kostenfrei zu!

Name, Vorname		Eingetragen am Tag/Monat/Jahr
Postfach / Ort		
Hiermit erkläre ich bestmöglichst abstimmt:		
☐ die Zeitschrift Einsichten+Perspektiven		
☐ den Einzel-Newsletter der BLZ		
Wenn Sie Veränderungen wünschen oder Fragen haben, kontaktieren Sie uns gerne unter landeszentrale@blz.bayern.de oder Telefon: 089 200 104 114-0		
Deutsche Post WISSZARTWORT Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit z. Hd. Frau Birgitte Schneider Eingachhanger Str. 12 81925 München		

Autoren und Autorinnen dieses Heftes

Monika Franz ist Stellvertreterin des Direktors sowie Abteilungs- und Referatsleiterin bei der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.

Christina Gibbs arbeitet als Referentin im Referat „Publikationen und Zeitgeschichte“ der BLZ.

Direktor Rupert Gröbl leitet die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.

Prof. Dr. Andreas Jungherr ist Inhaber des Lehrstuhls für Politikwissenschaft, insbesondere Steuerung innovativer und komplexer technischer Systeme der Universität Bamberg.

Mina Mittertrainer forscht im Bayerischen Forschungsverbund ForDemocracy als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hochschule Landshut.

Timm Schönfelder ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO) in Leipzig.

Prof. Dr. Barbara Thiessen, Lehrgebiet Gender Studies und Wissenschaft Soziale Arbeit an der Hochschule Landshut, leitet das Institut Sozialer Wandel und Kohäsionsforschung (IKON).

Dr. Ludwig Unger ist Referatsleiter bei der Bayerischen Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit.

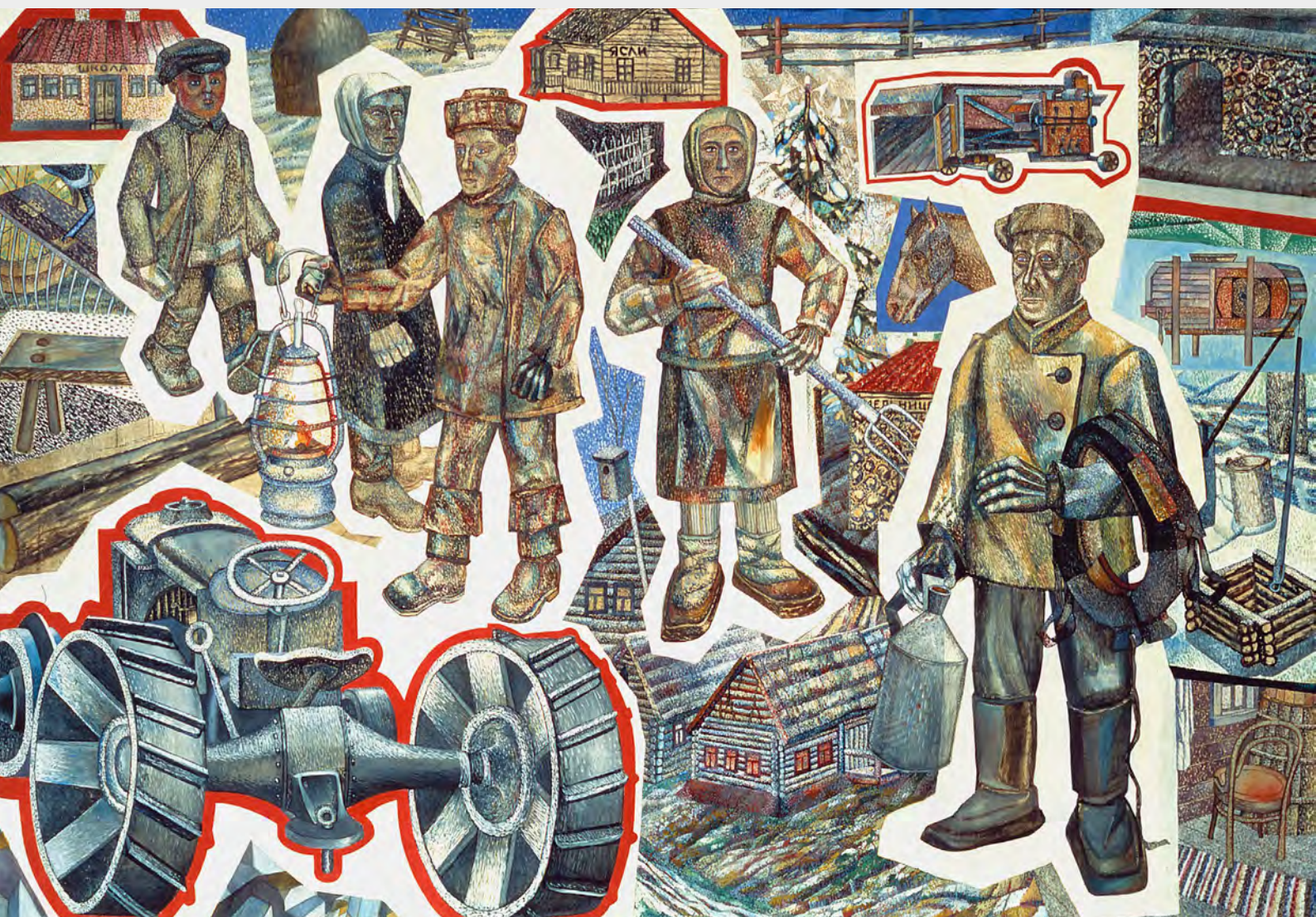
Thomas Urban war Osteuropa-Korrespondent der Süddeutschen Zeitung und ist Autor von Büchern zur Geschichte Polens sowie Russlands.



Leserbriefe richten Sie bitte an folgende E-Mail-Adresse: landeszentrale@blz.bayern.de, Stichwort: Einsichten und Perspektiven.
Hier können Sie auch ein kostenloses Abonnement der Zeitschrift beziehen.

GROSSE PLÄNE, KLEINE ERTRÄGE – DIE SOWJETISCHE LANDWIRTSCHAFT ZWISCHEN UTOPIE UND STAGNATION

von Timm Schönfelder



„Das neue Leben“, Gemälde von N. Ewgrafow, 1932
Foto: picture-alliance/akg-images

„Überhaupt sind wir große Spezialisten darin, den Karren gegen die Wand zu fahren. Die Landwirtschaft haben wir so verkorkst, dass wir die Suppe noch immer auslöffeln müssen!“, polterte Michail Gorbatschow auf der Sitzung des Politbüros vom 17. Februar 1986.¹ Der schleppende Ausbau der künstlichen Bewässerung in der UdSSR hatte das Gemüt des Generalsekretärs erregt. Er befürchtete, dass sein Land den Anschluss an die „Grüne Revolution“ verpassen könnte. Dieser Begriff bezeichnet eine bemerkenswerte Ertragssteigerung vor allem in den Entwicklungsländern seit den 1950er Jahren. Getragen wurde die Grüne Revolution durch ein komplexes Zusammenspiel aus fortschrittlicher Maschinenteknik, chemischen Düngern, Pflanzenschutzmitteln, modifiziertem Saatgut und eben gezielter Bewässerung.

Allerdings war die Sowjetunion im internationalen Vergleich bereits deutlich ins Hintertreffen geraten. Obwohl die Landwirtschaft ein Viertel des Staatsbudgets verschlang, konnte sie den Bedarf der eigenen Bevölkerung nicht decken. Getreide wurde aus dem Ausland importiert, um Versorgungsengpässe zu vermeiden. Bis zum Ende der 1980er Jahre verschlechterte sich die Lage besonders in den Städten drastisch. Die Unzufriedenheit der Sowjetbürger wuchs. Wiederholt kam es zu teils blutigen Streiks und Protesten. Gorbatschow kannte als ehemaliger Erster Parteisekretär der landwirtschaftlich geprägten südrussischen Region Stawropol das Problem nur zu gut. Nun forderte er im Sinne seiner Glasnost-Politik, kritischen Hinweisen aus der Bevölkerung mehr Aufmerksamkeit zu schenken und alternative Wege einzuschlagen. Den Agrarsektor wollte er endlich rentabel machen und den Handel liberalisieren. „Unsere Hauptsorge sollte es sein, den Menschen auf der Erde richtig auszustatten. Das ist auch aus wirtschaftlicher Sicht billiger und besser. Denn ein gerüsteter Mensch kann jeder Dürre standhalten“, schlussfolgerte Gorbatschow in mahnendem Ton.

Gegen das über Jahrzehnte eingespielte ineffiziente System konnte der Generalsekretär jedoch wenig ausrichten. Die zentral gesteuerte administrative Kommandowirtschaft erschwerte es, Anbaumethoden an lokale Gegebenheiten anzupassen. Lange hatte die politische Führung an die Überlegenheit und Produktivität des

eigenen Systems geglaubt. Immer größere Projekte waren erdacht worden, um die stagnierende Nahrungsmittelproduktion zu verbessern. Dabei siegte Quantität über Qualität. So sollte ein Teil der nordrussischen und sibirischen Flüsse in den trockenen Süden umgeleitet werden, um dort die Felder zu bewässern. Das hätte nicht nur das Antlitz des Landes radikal verändert, sondern auch seine natürlichen Ressourcen bedroht. Im Zuge einer forcierten „Chemisierung“ der Landwirtschaft seit den späten 1960er Jahren vergifteten zudem Pestizide Felder und Flüsse. Viele Menschen erkrankten an Krebs; die Lebenserwartung in der Agrarregionen war deutlich



Leere Supermarktregele in Moskau, Oktober 1991
Foto: picture alliance/AP Images/Fotograf: Yuri Romanov

¹ Anatolij Černjaev u.a. (Hg.): *V Politburo CK KPSS... Po zapisjam Anatolija Černjaeva, Vadima Medvedeva, Georgija Šachnazarova (1985–1991)*. Moskva ²2008, S. 25. Alle Übersetzungen fremdsprachlicher Texte sind die des Autors.



Eine der ersten Traktoristinnen der Sowchose „Gigant“, aufgenommen in Kasachstan um 1930

Foto: picture-alliance/RIA Nowosti



Holodomor-Gedenkstätte, Monument zu Ehren der Opfer der Hungersnot im „Park des Ewigen Ruhms“ in Kiew, Ukraine

Foto: ullstein bild/imageBROKER/Fotograf: G. Thielmann

gemindert.² Als 1990 endlich ein Gesetz verabschiedet wurde, das auch private Bodenpacht erlaubte, war es zu spät. Mit dem Zerfall der Sowjetunion wurde die Frage nach der Regulierung von Landbesitz unter dem Eindruck einer beschleunigten Privatisierung zu einem der umstrittensten Themen der Politik.

Von der Revolution zur Kollektivierung

Direkt nach der Oktoberrevolution von 1917 wurden die Grundlagen für das sowjetische System der Landwirtschaft geschaffen. Lenins „Dekret über den Boden“ erklärte Agrarland zum Allgemeingut und verstaatlichte es. Dem

Ideal der neuen Machthaber entsprach es, Höfe zu Kollektiven zusammenzufassen, die fortan unter staatlicher Kontrolle produzierten. In der Bauernschaft fand diese Idee bis zum Ende der 1920er Jahre nur wenige Anhänger: 1927 war gerade einmal ein Prozent der Agrarfläche kollektiv genutzt.³ Dabei arbeiteten noch achtzig Prozent der Bevölkerung in der Land- und Forstwirtschaft.⁴ Nach einer Zeit relativer Freiheit während der „Neuen Ökonomischen Politik“ (1921–1928), als sich die Sowjetunion von der Zerstörung des Bürgerkriegs erholte, griff der Diktator Stalin durch. Im Rahmen des ersten Fünfjahresplans (1928–1932) setzte er auf die Zwangskollektivierung.

Um die schlechte Versorgungslage in den Städten zu verbessern, mussten Bauern große Teile ihres Getreides

2 Timm Schönfelder: Bodenerosion und Pestizidbelastung. Das Erbe des Reisanbaus im Gebiet Krasnodar, in: Osteuropa 7–9 (2020), S. 319 ff. S. dazu auch die virtuelle Ausstellung des Sonderforschungsbereichs 923: Bedrohte Ordnungen der Universität Tübingen, <https://bedrohte-ordnungen.de/cases/vergifteter-reis-im-nordkaukasus/> [Stand: 21.10.2021].

3 Helmut Altrichter: Kleine Geschichte der Sowjetunion. 1917–1991, München 2001, S. 81.

4 Nicolas Spulber: *Russia's Economic Transitions. From Late Tsarism to the New Millennium*, Cambridge 2003, S. 212.

an den Staat abliefern. Vielerorts protestierten sie und schlachteten aus Verzweiflung sogar ihr Vieh. Manche leisteten bewaffneten Widerstand gegen die Sowjetmacht.

Begleitet wurde die Kollektivierung von einer brutalen Kampagne gegen angeblich wohlhabende Großbauern, die sogenannten Kulaken. Als Folge dieser „Entkulakisierung“ wurden Hunderttausende meist erfahrene Farmer entweder ermordet oder in den abgelegenen Norden Russlands sowie in die Steppen Kasachstans deportiert. Dadurch wurden die über Generationen gewachsenen ländlichen Produktionsstrukturen gewaltsam zerschlagen.⁵ Das Resultat von Kollektivierung, Entkulakisierung und der staatlichen Zwangsrequirierung von Getreide war eine Hungerkatastrophe, die in den Jahren 1932/33 Millionen Opfer forderte und in der Ukraine als *Holodomor* („Hungertod“) in die Geschichte einging.⁶ Obwohl nicht einmal genug Lebensmittel für die eigene Bevölkerung verfügbar waren, wurden Getreideexporte aufrechterhalten, um die immensen Kosten der forcierten Industrialisierung zu decken. Über eine Million Menschen flüchteten aus dem ländlichen Raum in die Städte und auf die neuen gewaltigen Großbaustellen des Regimes. Das konnte auch die Einführung eines Inlandspasses im Jahr 1932 nicht verhindern, der die Freizügigkeit der Dorfbewohner stark beschränkte und die Binnenmigration in die Städte regulieren sollte.

Bis 1936 galt fast die gesamte Bauernschaft als kollektiviert. Sie war nun zumeist in Kolchosen organisiert.⁷ Diese Betriebe waren ebenso wie die Leicht- und Schwerindustrie dem staatlichen Planungsapparat unterworfen. Durch den stalinistischen Terror der späten 1930er Jahre blieb der Agrarsektor in ständigem Aufruhr; 1938 wurde etwa der Kommissar für Landwirtschaft Michail Tschernow hingerichtet. Obwohl die Chemieindustrie zu dieser Zeit expandierte, blieben Nitrate und Phosphor vor allem der Rüstungsindustrie vorbehalten, um Sprengstoffe und Brandmunition herzustellen. Die Kunstdüngerproduktion stagnierte und war ab 1940 sogar rückläufig.⁸ Aus-

.....

5 Stephan Merl: Stalins Irrweg der Kollektivierung. Destruktive Kräfte und Lähmung der Eigeninitiative, in: Osteuropa 8–10 (2016), S. 55 ff.

6 Die genaue Zahl ist unter Historikern umstritten. Allerdings geht man heute in der Forschung von fünf bis neun Millionen Todesopfern aus. Vgl. dazu Anne Applebaum: Roter Hunger. Stalins Krieg gegen die Ukraine, München 2019.

7 Die Bezeichnung „Kolchos“ ist ein Kofferwort aus russ. *kollektivnoe chozjajstvo*, dt. „Kollektivwirtschaft“.

8 R.W. Davies/Mark Harrison/Oleg Khlevniuk/Stephen G. Wheatcroft: *The Industrialisation of Soviet Russia. Volume 7: The Soviet Economy and the Approach of War, 1937–1939*, London 2018, S. 216 ff.



Ernährungskrise im Winter 1921/1922. Plakat mit dem Text „Denk an die Hungernden!“ aus dem Jahr 1921

Abbildung: picture alliance/akg-images

reichend hohe staatliche Investitionen beschränkten sich auf wenige Vorzeigebetriebe, die mit moderner Technik wie Traktoren ausgestattet wurden. Landmaschinen wurden zunächst aus dem Westen importiert, weil es an eigenen sowjetischen Produktionsanlagen mangelte und sich deren Kapazitäten nur langsam steigern ließen. Die UdSSR sicherte sich zudem wichtige technische Patente und Lizenzen. In den USA erwarb sie komplette Fabriken, die dort abgebaut und in der Sowjetunion wieder aufgebaut wurden. Nichtsdestotrotz blieb der Mechanisierungsgrad in der Landwirtschaft niedrig. Bis zum Zerfall der Sowjetunion musste ein Großteil der Arbeiten daher von Hand verrichtet werden, teils mit einfachem Werkzeug. Landbewohner*innen fristeten ein kärgliches Leben, weil die Kosten großer Infrastrukturprojekte, etwa von Bewässerungskanälen, auf die Kolchosen abgewälzt wurden, die sie über langlaufende Staatskredite selbst finanzieren mussten. In der Stalinzeit waren die Kolchosarbeiter*innen zudem neben Häftlingen aus dem



„Maske der Trauer“ – Denkmal für die vielen Häftlinge, die in den Gulag-Gefangenenlagern litten und starben, Magadan, Russland, aufgenommen 2020
Foto: picture alliance/imageBROKER/Fotograf: Michael Runkel

sowjetischen Straflagersystem (dem *GULag*) und Mitgliedern der kommunistischen Jugendorganisation *Komsomol* gezwungen, unter oft miserablen Bedingungen auf Großbaustellen zu schuften. Derweil konnten sie sich nicht um ihre Felder und Tiere kümmern; das führte zu weiteren Engpässen in der Lebensmittelversorgung.

Während des Zweiten Weltkriegs wurden die überaus fruchtbaren Schwarzerdeböden in der Ukraine, Südrussland und dem Nordkaukasus stark verwüstet. Waren 1941 noch gut die Hälfte der Beschäftigten auf den Kolchosen Frauen, so stieg ihr Anteil durch die Kriegsverluste unter der männlichen Bevölkerung in den folgenden Jahren bis auf 80 Prozent.⁹ Als 1946/47 eine weitere Hungerkatastrophe die Sowjetbevölkerung traf und 1,5 Millionen

Tote forderte, beschloss Stalin die „Flucht nach vorn“.¹⁰ Ein umfassendes Infrastrukturprojekt sollte das Gesicht des Landes tiefgreifend verändern: Der „Große Plan zur Umgestaltung der Natur“ sah vor, auf 5,8 Millionen Hektar (das entspricht etwa der heutigen Fläche Kroatiens) Waldgürtel zu pflanzen, um die Böden vor Austrocknung und Winderosion zu schützen. Auch sollte er die „Zähmung und Eroberung“ der großen Flüsse durch Kaskaden von Wasserkraftwerken ermöglichen, welche als „Großbauten des Kommunismus“ inszeniert wurden. 25 Millionen Hektar Agrarland sollten durch neue hydrotechnische Infrastrukturen bewässert werden. Die Sowjetführung versprach durch Ernährungs- und Energiesicherheit den Übergang in eine glorreiche Zukunft.¹¹

⁹ John Barber/Mark Harrison: *The Soviet Home Front 1941–1945: a social and economic history of the USSR in World War II*, London/New York 1991, S. 216.

¹⁰ Klaus Gestwa: Die Hungersnot 1946/47 und „Stalins Großartiger Plan der Umgestaltung der Natur“, in: Alfred Eisfeld/Guido Hausmann/Dietmar Neutatz (Hg.): *Hungersnöte in Russland und der Sowjetunion 1891–1947*, Essen 2017, S. 185 ff.

¹¹ Klaus Gestwa: *Die Stalinschen Großbauten des Kommunismus. Sowjetische Technik- und Umweltgeschichte, 1948–1967*, München 2010.



Ausstellung der wolgadeutschen Geflügel-Sowchosa in Engels anlässlich des neunten Jahrestages der Wolgadeutschen Republik, Januar 1933.

Foto: picture alliance/akg-images

Kritische Hinweise zahlreicher Wissenschaftler*innen, dass diese ambitionierten Ziele ganze Landstriche gefährdeten, wurden ignoriert und durch staatliche Propaganda übertönt. So galt bis in die Regierungszeit Gorbatschows der Grundsatz „Masse vor Klasse“, denn die großen sowjetischen Infrastrukturprojekte waren kaum an die lokalen ökologischen Voraussetzungen wie Klima und Bodentyp angepasst. Das entsprach den Prinzipien der administrativen Kommandowirtschaft, die versuchte, von der Hauptstadt Moskau aus mit abstrakten Kennzahlen die Produktion im gesamten Land zu koordinieren.¹²

Die Getreideernten blieben weit hinter den Erwartungen zurück; das Wachstum des im Vergleich zur Industrie unterfinanzierten Agrarsektors stagnierte. Kolchosen

wurden in Großbetriebe zusammengeführt und viele von ihnen als *Sowchosen* direkt dem Staat unterstellt.¹³ Diese waren zwar nicht wie die Kolchosen formal selbstverwaltet und durch einen Vorsitzenden vertreten, dafür aber finanziell generell besser gestellt. Das System der Kollektivbetriebe hatte sich derweil in eine „Institution von erzwungener, harter und praktisch unbezahlter Arbeit“ verwandelt.¹⁴

Selbst Nikita Chruschtschow, der nach Stalins Tod 1953 zum Parteichef aufstieg und diesen Posten bis 1964 innehatte, musste eingestehen, dass der Staat landwirtschaftliche Produkte praktisch umsonst erhielt.¹⁵ Trotz einiger Sozialreformen wie der Einführung eines Mindestlohns, einer Rente und fester Urlaubszeiten in den 1960er

¹² Stephan Merl: Die sowjetische Kommandowirtschaft – wieso scheiterte sie nicht früher?, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 11 (2007), S. 656 ff.

¹³ Aus russ. *sovetskoe chozjajstvo*, dt. „Sowjetfarm“.

¹⁴ Elena Zubkova: *Russia After the War. Hopes, Illusions, and Disappointments, 1945–1957*, London 1998, S. 59.

¹⁵ M.F. Polynov: *Ne povezlo krest'janstvu v strane sovetov. Agrarnaja politika sovetskogo pravitel'stva v 1950-x – pervoj polovine 1980-x gg.*, in: *Obščestvo, sreda, razvitie (Terra Humana)* 1 (2008), S. 3–18, hier S. 4 f.

Jahren wollte bis zu Gorbatschows Amtsantritt keiner der Parteiführer dieses ausbeuterische System grundlegend umgestalten.

Von der Kollektivierung zur Konsumorientierung

Die ukrainische und südrussische Schwarzerde (*Tschernosem*) zählt zu den fruchtbarsten Böden der Welt. Dennoch blieb auch dort die Produktivität der sowjetischen Landwirtschaft insgesamt niedrig. Statt mit gezielten Investitionen die Möglichkeiten besser auszuschöpfen, wollte Chruschtschow mit seinem ambitionierten „Neulandprogramm“ Mitte der 1950er Jahre vor allem in Kasachstan und Sibirien riesige brachliegende Gebiete erschließen. Allerdings missglückten diese wenig durchdachten Pläne nicht nur wegen Fehlern in der Organisation, sondern auch wegen einer Fehleinschätzung der klimatischen Bedingungen. Die Strategie des extensiven Wachstums scheiterte erneut. Derweil markierten die 1960er Jahre einen wichtigen demographischen Wandel: Erstmals lebten mehr Menschen in den Städten als auf dem Land. Die Urbanisierung und das Bevölkerungswachstum setzten den Agrarsektor stark unter Druck, weil immer weniger Arbeitskräfte immer mehr Lebensmittel produzieren mussten. Als 1962 die Preise für Fleisch um ein Drittel und für Butter um ein Viertel erhöht wurden, kam es in der südrussischen Industriestaat Nowotscherkassk sogar zu gewaltsam niedergeschlagenen Protesten. Die Preise wurden wieder gesenkt und blieben bis 1990 auf einem niedrigen Niveau, das deutlich unter den agrarischen Herstellungskosten lag. Der Staat subventionierte durch diese Preispolitik ein höchst ineffizientes System und gab damit einen wachsenden Teil der Staatseinnahmen aus. War Getreide zur Zarenzeit noch eines der wichtigsten Exportgüter, so musste es die UdSSR seit den 1960er Jahren wiederholt in großen Mengen aus den USA und Kanada importieren, um weitere Hungersnöte zu vermeiden.

Als zentraler Teil der sowjetischen Gesellschaftsordnung blieb das ineffiziente System der kollektivierten Landwirtschaft bestehen. Während der Amtszeit des Ministerpräsidenten Alexej Kossygin (1964–1980) gab es allerdings eine Reihe oftmals schnell wieder abgebrochener Wirtschaftsreformen, die den direkten Einfluss der Partei auf Industrie und Landwirtschaft mindern sowie die Initiative der Betriebe vor Ort fördern sollten.

Als inoffizieller „*Little Deal*“ (James R. Millar) zwischen Regime und Bevölkerung duldete der Parteistaat im Gegenzug für politischen Gehorsam eine um sich greifende Schattenwirtschaft, in der parallel zur staatlich kontrollier-



Der sowjetische Politiker Nikita Chruschtschow, 1960
Foto: IMAGNO/Notava/Süddeutsche Zeitung Photo

ten Planwirtschaft Waren und Dienstleistungen getauscht wurden.¹⁶ Die kleinen markt- und privatwirtschaftlichen Formen linderten die Zumutungen der Mangelwirtschaft. Sie sicherten zudem vielen Sowjetbürgern das Auskommen; manchen gereichte es sogar zu bescheidenem Wohlstand. Kolchosarbeiter*innen konnten derweil Überschüsse von ihrem privat bewirtschafteten Gartenland auf den vielbesuchten Kolchosmärkten verkaufen. Ende der 1960er Jahre machten die so erzielten Einnahmen gut ein Drittel ihres Einkommens aus.¹⁷ Entsprechend sorgfältig gingen die Familien auf dem Land mit diesen Anbauflächen um, während die kollektivierten Flächen, für deren Bestellung den Kolchosarbeiter*innen die wirtschaftlichen Anreize fehlten, oftmals vernachlässigt wurden.

.....
16 James R. Millar: *The Little Deal: Brezhnev's Contribution to Acquisitive Socialism*, in: *Slavic Review* 4 (1985), S. 694 ff.

17 Manfred Hildermeier: *Geschichte der Sowjetunion 1917–1991*, München 2017, S. 960.



Alexej Kossygin (1964–1980) und sein Enkelsohn Alexej Gwischiani, 1967
Foto: picture alliance/dpa/RIA Nowosti/Fotograf: Mikhail Kuleshov

Das führte zu erheblichen Produktivitätsunterschieden.¹⁸ Zwar wurden der Abnahmepreis für Lebensmittel sukzessive gesteigert und sogar ein Prämiensystem eingeführt, das die Übererfüllung von Planvorgaben belohnte. Einen immer wichtigeren Teil zur Versorgungssicherheit trugen aber die privat bewirtschafteten Flächen bei.

Statt wie andere sozialistische Staaten den Agrarsektor schrittweise zu liberalisieren, also für marktwirtschaftliche Strukturen weiter zu öffnen, blieb die Größe des „Privatlandes“ durch den Staat beschränkt. Zudem durfte bis 1990 in der UdSSR Grund und Boden weder verkauft noch verpachtet werden. Breschnew setzte auf eine umfassende Industrialisierung der Landwirtschaft. Unter den Schlagwörtern „Mechanisierung“ und „Chemisierung“ stieg nicht nur die Zahl der Landmaschinen, es wurden

18 Carol S. Leonard: *Agrarian Reform in Russia. The Road from Serfdom*, New York 2011, S. 62.

auch immer mehr Pestizide und Kunstdünger auf den Feldern ausgebracht. Das hatte erhebliche, bis heute nachwirkende Folgen für Mensch und Natur.¹⁹ Zwar floss zu Beginn der 1980er Jahre ein Viertel der Staatsinvestitionen in die Landwirtschaft, die Erträge konnten aber nicht entsprechend gesteigert werden. Alexander Nikonow, von 1984 bis 1992 der letzte Präsident der elitären Lenin-Allunionsakademie für Landwirtschaftswissenschaften (VАСhNIL), erkannte darin den gescheiterten Versuch, eine moderne Landwirtschaft nach dem Vorbild der „Grünen Revolution“ in der Sowjetunion zu errichten. Die Schuld gab Nikonow dem zentralisierten Planungssystem, denn „[i]rgendetwas fehlte immer, die erforderlichen Düngemittel oder Pflanzenschutzmittel bzw. die notwendige Technik“.²⁰ Jahrzehntlang

hatte die Parteiführung auf einseitige Rezepte gesetzt: auf übermäßige künstliche Bewässerung, wodurch die Böden erodierten, den Einsatz hochgiftiger Pestizide oder die Verwendung schwerer Landbearbeitungsmaschinen, die den Boden unnötig verdichteten. Zudem funktionierte die Zusammenarbeit der weiterverarbeitenden Lebensmittelindustrie mit den Agrarbetrieben keineswegs reibungslos. Der Abtransport der Feldfrüchte war meist so schlecht organisiert, dass 30 bis 50 Prozent der Ernte ungenutzt verrotteten. In den späten 1970er Jahren unterstützte Gorbatschow als aufstrebender Sekretär des Zentralkomitees in Moskau die Idee, Gebietsproduktionsvereinigungen zu schaffen, um die einzelnen Verarbeitungsschritte

19 Lev A. Fedorov/Alexey V. Yablokov: *Pesticides. The Chemical Weapon that Kills Life (The USSR's Tragic Experience)*, Sofia/Moscow 2004.

20 A.A. Nikonow/Eberhard Schulze: *Drei Jahrhunderte Agrarwissenschaft in Russland: Von 1700 bis zur Gegenwart*, Halle (Saale) 2004 [kommentierte Übersetzung des russischen Originals von 1995], S. 107 f.

effizienter zu koordinieren. Doch auch diese Maßnahme, die einen elementaren Bestandteil des letzten großen Reformversuchs unter Breschnew darstellte, brachte keine signifikante Verbesserung.

Von der agrarischen Peripherie ins Zentrum der Macht

Die Region Stawropol liegt im Süden des europäischen Teils Russlands am Fuße des Großen Kaukasus-Gebirges, das eine der Grenzen zwischen Orient und Okzident markiert. Bis heute gilt Stawropol als Teil des „Brotkorbs Russlands“. Getreideanbau und Viehzucht spielen dort eine herausragende Rolle. Dieses Umfeld prägte Gorbatschow. 1931 wurde er in dem kleinen Ort Priwolnoje am Fluss Jegorlyk im Nordwesten der Region in eine Bauernfamilie geboren. Nach seinem Jurastudium an der prestigeträchtigen Lomonossow-Universität in Moskau und einem Abschluss in Agrarökonomie am Stawropoler landwirtschaftlichen Institut, den er während seiner politischen Tätigkeit machte, übernahm er im Jahr 1970 als Erster Sekretär des *Krajkom* den Vorsitz der Stawropoler Parteiorganisation.²¹ Dort gelang es ihm, sich nicht zuletzt durch seine Erfolge in der Landwirtschaft für höhere Aufgaben zu profilieren. Mit Breschnews Rückendeckung wurde Gorbatschow 1978 als Sekretär des Zentralkomitees nach Moskau beordert, wo er fortan mit Fragen der Landwirtschaft betraut war. So zeigte er sich verantwortlich für das Lebensmittelprogramm von 1982, das bis zum Jahr 1990 deutliche Ertragssteigerungen versprach, die aber nur partiell erzielt wurden. Die Lage war ernst, denn die Lebensmittelversorgung war zu einem wichtigen Indikator für die Glaubwürdigkeit von Breschnews Regime geworden.²² Dieser Umstand wurde dadurch verschärft, dass die USA nach dem Einmarsch der sowjetischen Streitkräfte in Afghanistan Ende Dezember 1979 zeitweilig ein Embargo für den Getreideexport in die UdSSR verhängten. Vorbilder für das Programm waren die Reformversuche Chruschtschows und Kossygins sowie die positiven Erfahrungen mit einer besseren Integration des Agrarsektors in anderen sozialistischen Ländern wie Bulgarien und Jugoslawien.

Das Ziel war es, die undurchsichtigen Hierarchien der Landwirtschaft abzubauen und die drei Kernbereiche Ackerbau, Transport und Technik sowie Lebensmittel-

produktion in Gebietsproduktionsvereinigungen miteinander zu verknüpfen. Diese sollten durch die lokalen Parteiorganisationen kontrolliert werden, die wiederum Druck auf die Kolchos- und Sowchoddirektoren ausübten, um die Planzahlen zu erfüllen. 1984 folgte ein Programm zum massiven Ausbau der künstlichen Bewässerung, das wegen wirtschaftlicher Engpässe allerdings nur in Teilen realisiert werden konnte. Trotz einer sich abzeichnenden Phase der Stagnation war der ökonomische Kollaps zu Beginn der Amtszeit Gorbatschows noch nicht vorprogrammiert.²³

Bereits wenige Monate nachdem Gorbatschow zum Generalsekretär aufgestiegen war, löste er im November 1985 fünf Ministerien auf, die mit der Lebensmittelproduktion betraut waren, darunter das einflussreiche Ministerium für Landwirtschaft. Deren Zuständigkeiten übertrug er auf das neugeschaffene „Staatliche Agroindustrielle Komitee“ (kurz: *Gosagroprom*), das bis 1989 existierte. Auf diese Weise wollte er überkommene ineffiziente Strukturen zerschlagen. Zum Vorsitzenden des Komitees wurde Wsewolod Murachowskij ernannt, ein langjähriger Vertrauter Gorbatschows aus der Parteiarbeit in Stawropol. Zwar würdigten einige Beobachter die Schaffung von *Gosagroprom* als „bürokratische Meisterleistung“, den „hart arbeitenden Bauern in den Kleinbetrieben“ habe das neue System jedoch wenige Vorteile gebracht, da keine „Ansätze einer Reform auf der Basis vernünftiger Wirtschaftsprinzipien“ erkennbar gewesen seien.²⁴ Die grundlegenden Probleme des Agrarsektors konnten nicht gelöst werden.

Derweil beklagte der Bodenkundler Wiktor Kowda (1904–1991) in der populärkonservativen Zeitschrift *Nasch Sovremennik* (dt. „Unser Zeitgenosse“) die stark gesunkene Produktivität der sowjetischen Landwirtschaft. Nach dem Zweiten Weltkrieg seien pro investiertem Rubel noch 20 bis 30 Rubel an Überschussertrag erwirtschaftet worden. Mitte der 1980er Jahre habe das Verhältnis bestenfalls bei eins zu fünf gelegen.²⁵ Für den Bodenkundler war dies angesichts der hohen Fruchtbarkeit etwa der Schwarzerderegion nicht nachvollziehbar. Zudem gehe durch mangelhafte landwirtschaftliche Nutzung die Humusschicht verloren. Schädliche Praktiken zeigten sich auch in der künstlichen Bewässerung,

21 Das *Krajkom* (von russ. *kraevoj komitet*, „Gebietskomitee“) bezeichnet die regionale Organisation der KPdSU.

22 Zhores Medwedjew: Der Generalsekretär. Michail Gorbatschow. Eine politische Biographie, Darmstadt 1986, S. 170.

23 Mark Harrison: *Economic Growth and Slowdown*, in: Edwin Bacon/Marc Sandle (Hg.): *Brezhnev Reconsidered*, Basingstoke 2002, S. 38–67, hier S. 62 f.

24 So Medwedjew: Der Generalsekretär, S. 173.

25 Tatsächlich war die Produktivität deutlich niedriger, Kowda konnte der offiziellen Statistik hier jedoch nicht widersprechen.

die laut Kowda meist ohne ausreichende Kenntnis und Kontrolle nach Augenmaß geschehe, ohne dass Arbeiter die Notwendigkeit verstanden hätten, Wasser zu sparen. Wider besseres Wissen seien auch keine Drainagesysteme zur Vermeidung von Bodenerosion errichtet worden.²⁶ Solche Drainagen sind bei künstlicher Bewässerung allerdings unverzichtbar. Denn sie verhindern, dass sich das Wasser auf den Feldern staut. Wenn dieses Wasser verdunstet, bleiben Salze zurück, die die Fruchtbarkeit der Böden mindern. Diese Kritik hatten die Bodenkundler seit den 1930er Jahren immer wieder gebetsmühlenartig vorgebracht, ohne dass sie in Politik und Wirtschaft gehört worden war. Erst durch Gorbatschows Glasnost änderte sich das zögerlich.

Von systemischen Hindernissen zur Privatisierung der Landwirtschaft

Ihre Abhängigkeit von Getreideimporten konnte die Sowjetunion nicht überwinden. Auch war der Konsum tierischer Produkte im Vergleich mit westlichen Ländern niedrig. Das privat bewirtschaftete Hofland spielte weiterhin eine zentrale Rolle in der Produktion von Fleisch und Milch zur Versorgung einer Bevölkerung, die von 212 Millionen im Jahr 1960 auf fast 287 Millionen Menschen im Jahr 1989 angewachsen war. Trotz des überaus ambitionierten Lebensmittelprogramms und der daraus resultierenden Reorganisation des Agrarsektors sanken die Getreideerträge bis zum Ende des Jahrzehnts sogar unter das Niveau von 1982. Die Planzahlen wurden weit verfehlt. Den Gosagroprom-Vorsitzenden Murachowskij schickte die Parteiführung schließlich in Rente. An die Stelle des Staatlichen Agroindustriellen Komitees trat 1989 eine direkt dem Ministerrat der UdSSR untergeordnete Kommission für Lebensmittel und Beschaffung. Die Versorgungslage verschlechterte sich zunehmend, vor allem in den Städten. Ein Großteil der Bevölkerung konnte sich nur über den Schwarzmarkt oder über privaten Tauschhandel versorgen. Vor allem die verworrenen administrativen Strukturen und das vielerorts veraltete Equipment verhinderten eine längst nötige Steigerung der Produktivität, die im Vergleich zu den USA bei schätzungsweise gerade einmal zehn bis 25 Prozent lag.²⁷ Zudem waren viele Agrarbetriebe hoch verschuldet und

konnten sich nur durch Staatskredite und Subventionen finanzieren. Wegen mangelnder Anreize und Aufstiegsmöglichkeiten für die Beschäftigten verschärfte sich das Problem der Landflucht.

Da auf dem privat bewirtschafteten Land erwiesenermaßen hohe Erträge und nachhaltiges Wirtschaften möglich waren, setzte sich Gorbatschow hinter verschlossenen Türen energisch für privat- und marktwirtschaftliche Lockerungen ein. Außerdem hatte die jüngere Erfahrung in China gezeigt, dass durch private Pacht von Agrarland und die Umstellung von zentraler Kontrolle auf ein selbstverantwortliches Wirtschaften der Betriebe die Agrarerträge innerhalb weniger Jahre enorm angestiegen waren.²⁸ Als letzten Ausweg erwog Gorbatschow deshalb sogar die Dekollektivierung der Landwirtschaft.²⁹ Ab November 1989 verabschiedete die sowjetische Regierung Erlasse zur Landverpachtung und legalisierte im Folgejahr sogar private Kleinbetriebe. Für die konservativen Mitglieder des Politbüros rüttelte die Auflösung der Kollektivfarmen allerdings an den Grundfesten der sozialistischen Wirtschaftsordnung.³⁰ Auch gab es seit der Entkulakisierungskampagne unter Stalin erhebliche Vorbehalte gegen die Entstehung ländlicher Eliten. Private Landpacht, gewinnorientiertes Wirtschaften und ein freier Handel wie zur Zeit der Neuen Ökonomischen Politik in den 1920er Jahren hätten aber genau das bedeutet. Zudem scheuten viele Landbewohner*innen das persönliche Risiko und hatten sich mit dem überkommenen Agrarregime arrangiert. Schließlich erhielten sie ein garantiertes Einkommen und waren sozial abgesichert – egal, wie effizient sie arbeiteten.

Gorbatschow kam nur schwer gegen die einflussreiche Agrarlobby an, die immer größere Investitionen forderte. Die staatlich gezahlten Preise für Agrarprodukte wurden daher in der falschen Hoffnung erhöht, dass sich dadurch die Versorgungslage verbessern würde. Zudem existierte seit 1950 ein stark ausdifferenziertes Zonensystem, das Agrarbetrieben in weniger fruchtbaren Regionen einen Bonus von bis zu 75 Prozent auf den Abnahmepreis versprach. Um das zu finanzieren, wäre eine deutliche Anhebung der Verkaufspreise nötig gewesen. Diesen Schritt scheute die Staatsführung jedoch, um angesichts des wachsenden Unmuts in der Bevöl-

28 Chris Miller: *Gorbachev's Agriculture Agenda. Decollectivization and the Politics of Perestroika*, in: *Kritika* 1 (2016), S. 95–118, hier S. 111–113.

29 Protokoll der Politbürositzung vom 21.07.1988, in: Černjaev et al. (Hg.): *V Politbjuro CK KPSS*, S. 403 ff.

30 Manfred Trapp: Die soziale Bedeutung der Privatisierung des Eigentums in der Sowjetunion und in Rußland, in: *Osteuropa* 4 (1993), S. 341 ff.

26 V.A. Kowda: *Kak pomoč' našim černozemam*, in: *Naš Sovremennik* 7 (1985), S. 117 ff.

27 Spulber (wie Anm. 4), S. 219, 222.



Menschen stehen im Dezember 1991 vor einem Lebensmittelgeschäft in Moskau Schlange.

Foto: picture alliance/dpa/Fotograf: Yuri Abramochkin

kerung Proteste zu vermeiden. Erst im März 1991 verkündete Gorbatschow eine drastische Preiserhöhung für Grundnahrungsmittel. Fleisch verteuerte sich um 200 Prozent, Zucker um 135 Prozent, Milchprodukte und Fischerzeugnisse um 130 Prozent, Eier und Tee um 100 Prozent. Auch die Preise auf den Kolchosmärkten und auf dem Schwarzmarkt folgten diesem Trend.³¹ Dadurch wuchs der finanzielle Druck auf die Bevölkerung, während sich die Verfügbarkeit von Lebensmitteln weiter verschlechterte. Durch umfassende Steuerkürzungen und Kompensationszahlungen versuchte der Staat, diese zusätzliche Belastung für die Bürger auszugleichen. Das machte den ursprünglichen Gewinn durch die Preiserhöhung jedoch zunichte. Millionen von Menschen gin-

gen in den Städten auf die Straße. Mancherorts kam es wegen der schlechten Versorgung mit Nahrungsmitteln zu gewalttätigen Ausschreitungen.

Reformorientierte Ansätze scheiterten an einem starken politischen Konservatismus. Zudem schwächte der faule Kompromiss einer „Plan-Markt-Wirtschaft“ die Kontrolle der Partei, etablierte aber keine funktionierenden Marktstrukturen. Das Bonmot von einer „zentralen Planwirtschaft mit k. o. geschlagenem Zentrum“ machte die Runde.³² Gorbatschows Perestrojka verlor an Gestaltungskraft, zumal sich dank der durch Glasnost ermöglichten offenen Diskussionspolitik immer mehr kritische Stimmen Gehör verschafften und die Sinnhaftigkeit der Agrarreformen in Frage stellten. Zugleich spitzte

31 Stephen K. Wegren: *Dilemmas of Agrarian Reform in the Soviet Union*, in: *Soviet Studies* 1 (1992), S. 3–36, hier S. 13, 22.

32 Hans-Hermann Höhmann: Der ökonomische Systemwechsel, in: Eduard Schewardnadse u. a. (Hg): *Revolution in Moskau. Der Putsch und das Ende der Sowjetunion*, Hamburg 1991, S. 207–223, hier S. 214.



Российский инстаграм 2015

sich der Konflikt zwischen Gorbatschow und seinem Widersacher Boris Jelzin zu, der in der Russländischen Teilrepublik – der RSFSR – zum neuen starken Mann aufgestiegen war und Gorbatschows Halbherzigkeit mit viel weitergehenden eigenen Reformen demaskierte. Im November 1990 verabschiedete die Führung der RSFSR sogar ein Gesetz, das grundsätzlich den Privatbesitz von Land erlaubte und viele bisherige Restriktionen aufhob. Das ging nicht nur den konservativen Kräften, sondern auch Gorbatschow viel zu weit. Dieser konnte allerdings mit keinem klaren Agrarprogramm kontern. Im Wirbelwind der Reformen geriet der Generalsekretär zunehmend ins Hintertreffen. Wie der Zerfall der Sowjetunion war im Verlauf des Jahres 1991 auch der Abbau der alten Agrarstrukturen kaum mehr aufzuhalten. Gorbatschow war es letztlich nicht gelungen, die Landwirtschaft der UdSSR für den Anschluss an die Grüne Revolution mit den notwendigen technischen, materiellen und sozialen

Ressourcen sowie mit klugen Ideen „richtig auszustatten“, wie er es auf der Politbürositzung vom 17. Februar 1986 noch so eindringlich gefordert hatte.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 existierten viele der Kolchosen für einige Zeit weiter, während sich die Landwirtschaft zunehmend privatisierte. Aus den großen Agrarbetrieben der Sowjetzeit erwachsen bald übermächtige Agroholdings, die mit staatlicher Unterstützung und bisweilen mafiösen Praktiken ihre Konkurrenz enteigneten. Erst Ende 2002 unterzeichnete Präsident Wladimir Putin ein längst überfälliges Gesetz, um den Verkauf von Agrarland zu regeln. Fortan hatte der Staat aber ein Vorkaufsrecht, und er konnte angeblich ungenutztes Land konfiszieren. Gegen diese fragwürdigen Praktiken organisierten sich zahlreiche Proteste. Aus dem südrussischen Kubangebiet fuhren so 2016 die „Höflichen Farmer“ in ihren Traktoren nach Moskau, um den Landwirtschaftsminister Tkatschow zu treffen. Dieser stammte auch aus

dem Kubangebiet und war als Großgrundbesitzer und Agrarunternehmer zu fragwürdigem Ruhm und Reichtum gekommen. Bevor er das Ministeramt bekleidete, war er der Gouverneur der Region Krasnodar gewesen. Den Farmern zeigte er in Moskau die kalte Schulter. Inzwischen sind diese wie viele andere Kritiker auf Intervention von Behörden und Geheimdiensten verstummt.³³

Auch wenn es in manchen Regionen gelang, Rekordenernten von Getreide einzufahren und den Export deutlich auszuweiten, bleiben bis heute viele Strukturprobleme der Landwirtschaft ungelöst. Transport und technische Ausstattung lassen sehr zu wünschen übrig, der Fokus auf Monokulturen bedroht die Biodiversität. Im Jahr 2011 fiel der Fleischkonsum in Russland sogar hinter die Ziele des sowjetischen Lebensmittelprogramms von 1982 zurück, der Verzehr von Milchprodukten war nach offiziellen Statistiken noch niedriger als dreißig Jahre zuvor.³⁴ Unter Klimagesichtspunkten mag das wie ein Erfolg wirken; allerdings zeigt sich darin, dass die Bevölkerung oft auf einfache Nahrungsmittel zurückgreifen muss. Mit der Annexion der Krim 2014 und den russischen Gegensanktionen auf Lebensmittelimporte zeigte sich erneut die anfällige Versorgungslage. In den sozialen Netzwerken machten Memes die Runde, die klägliche Portionen gekochten Buchweizens zeigten mit der sarkastischen Bildunterschrift „Russländisches Instagram 2015“.³⁵

Zwar ist die Grundversorgung der russischen Bevölkerung heute gesichert, es grassieren aber Bestechlichkeit und Vetternwirtschaft. Während einige staatliche Förderprogramme bei der Unternehmensgründung Unterstützung bieten, schrecken die starke Rechtsunsicherheit

und eine veraltete Infrastruktur viele Investoren ab. Auch fehlt es an qualifizierten Facharbeitern. Die politische Elite erwartet oft eine „Gewinnbeteiligung“, erfolgreichen Unternehmern droht die Enteignung. Es bleibt abzuwarten, wie nachhaltig diese „Privatisierungsexperimente“ des Regimes mit seinen höchst korrupten Praktiken und dem andauernden Raubbau an der Natur für Umwelt und Gesellschaft letztlich sind.³⁶ ■



Weiterführende Literatur

- Anne Applebaum: *Roter Hunger. Stalins Krieg gegen die Ukraine*, München 2019.
- Philip Hanson: *The Rise and Fall of the Soviet Economy. An Economic History of the USSR from 1945*, London 2003.
- Sheila Fitzpatrick: *Stalin's Peasants. Resistance and Survival in the Russian Village after Collectivization*, Oxford 1994.
- Paul R. Josephson u.a.: *An Environmental History of Russia*, New York 2013.
- Bo Libert: *The Environmental Heritage of Soviet Agriculture*, Oxon 1995.
- Zhores A. Medvedev: *Soviet Agriculture*, New York 1987.
- Stephen K. Wegren: *Agriculture and the State in Soviet and Post-Soviet Russia*, Pittsburgh 1998.

33 Katharina Frey: Kleine Bauern, großes Spiel, in: taz am Wochenende v. 03.03.2018, S. 8 f., <https://taz.de/!5485979/> [Stand: 21.10.2021].

34 Semen Novoprudskij: *Nevkusnoe gosudarstvo. Put' k svobode mozet lezhat' i čerez želudok*, in: *gazeta.ru* (20.01.2012), <https://www.gazeta.ru/column/novoprudsky/3968853.shtml>. O.S. Litvinova: *Struktura pitaniya naselenija Rossijskoj Federacii. Gigieničeskaja ocenka*, in: *Zdorov'e naselenija i sreda obitanija* 5 (2016), S. 11–14 schreibt von einer landesweiten qualitativen Unterversorgung der Bevölkerung. S.a.: *Pitanie naselenija Rossii*, <https://geographyofrussia.com/pitanie-naseleniya-rossii/> [Stand: 21.10.2021].

35 S. <https://imgprx.livejournal.net/c1de4065afe99d55cccf9b4977ca542c0c6e-d1a5/K7ywoCuVXvlz9s1UBogLMiOzXx2ZtMwe1FTZTlZgjnjoy6hJTWrvvgzI-G2000xKGAGFhPxWQ7CWufl78USI4LVxoJ9TatfMTI14LUwwwieE> [Stand: 25.10.2021].

36 Vgl. Peter Lindner: Die russische Landwirtschaft. Privatisierungsexperimente mit offenem Ausgang, in: Heiko Pleines/Hans-Henning Schröder (Hg.): *Länderbericht Russland*, Bonn 2010, S. 346 ff.



Das Krankenhaus Chak-e-Ward

Eine Zahnärztin bei der Arbeit im 1989 durch die deutsche Krankenschwester Karla Schefter gegründeten Krankenhaus im Distrikt Chak, ca. 65 km südwestlich von Kabul gelegen. Mehr als 100.000 Patienten, davon etwa 75 Prozent Frauen und Kinder, werden dort im Jahr versorgt. Für die über 500.000 Einwohner der Provinz Wardak ist das Chak-e-Wardak-Hospital mit seinen 60 Betten und den unterschiedlichen Fachabteilungen zur ambulanten Versorgung nach wie vor das einzige voll ausgestattete Hospital. Im Gegensatz zu den Kliniken in den Städten und den vielen privaten Arztpraxen ist die Behandlung im Chak-e-Wardak-Hospital fast kostenlos. Auf diese Weise kommen die Leistungen des Hospitals vor allem der bitterarmen Landbevölkerung zugute. Die Provinz befindet sich nun ganz in den Händen der Taliban; zusätzlich errichtete medizinische Ambulanzen mussten auf deren Anordnung geschlossen werden. Impfungen dürfen nur noch auf dem Krankenhausgelände durchgeführt werden und nicht mehr in den benachbarten Dörfern. Durch Luftangriffe sind teilweise Schäden am Krankenhaus entstanden. Die Gefechte im August stellten eine besondere Bedrohung für das Personal und die Patienten dar. Bisher dürfen auch Frauen im Krankenhaus weiterarbeiten und behandelt werden. Die in der Provinz Wardak herrschenden Taliban schützen und respektieren laut Aussagen der Mitarbeitenden das Hospital. Man sorgt sich mehr um die Mitarbeiter des „Kabul Office“, da sie, wie alle Bewohner der Hauptstadt, nicht wissen, wie es weitergeht. Die Situation für Frauen ist laut dem Team noch unklar. Lehrerinnen und Ärztinnen dürfen wohl arbeiten, allen anderen ist geraten worden zuhause zu bleiben.

Weitere Informationen unter: www.chak-hospital.org.

Foto: Uli Reinhardt/Christoph Püschner/Zeitspiegel, 2021



Der Verein Ofarin!

Mädchen lernen in einer Moschee in Afghanistan gemeinsam mit Jungen. Der Verein Ofarin wurde 1996 von Anne-Marie und Peter Schwittek gegründet, um die Lebensbedingungen der Menschen in Afghanistan zu verbessern. Schwerpunkte der Projektarbeit sind die Grund- und Vorschulbildung von Kindern und der Unterricht, besonders die Alphabetisierung, für Frauen. „Ofarin“ ist eine Abkürzung von „Organisation zur Förderung afghanischer regionaler Initiativen und Nachbarschaftshilfen“. In den afghanischen Landessprachen Dari und Paschtu bedeutet „Ofarin!“ so viel wie „Genau richtig!“. Die Organisation bietet in Zusammenarbeit mit den Taliban in Moscheen aber auch in Privatwohnungen in Afghanistan elementaren Schulunterricht für Kinder und für Frauen und junge Mädchen an. Im Juni 2017 wurden 9.000 Schüler (Mädchen und Jungen etwa zu gleichen Teilen) im elementaren Unterrichtsprogramm unterrichtet. An sechs Tagen in der Woche werden während nur 1,5 Stunden die Fächer islamische Religion, Lesen und Schreiben der Muttersprache (Dari oder Paschtu) und Mathematik unterrichtet. 2006 wurde das Projekt mit dem Würzburger Friedenspreis ausgezeichnet. Auch in der aktuellen Lage werden laut Aussage des Vereins momentan noch Mädchen und junge Frauen unterrichtet.

Weitere Informationen unter: www.ofarin.org.

Foto: Uli Reinhardt/Christoph Püschner/Zeitspiegel, 2021

Impressum

Einsichten und Perspektiven
hg. von der Bayerischen Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit
Verantwortlich: Rupert Grübl, Monika Franz

Redaktion dieses Heftes: Monika Franz, Christina Gibbs, Markus Baar, Andreas Hesse

Titelbild: Die Holocaust-Überlebende Margot Friedländer zeigt in Berlin am Rande einer Lesung aus ihrer Autobiographie „Versuche, dein Leben zu machen!“ das Adressbuch ihrer Mutter, in dem diese viele nützliche Adressen von Konsulaten, Verwandten und Freunden im Ausland gesammelt hatte. Foto: picture alliance/dpa- Zentralbild/ZB/Fotografin: Britta Pedersen

Gestaltung: MUMBECK – Agentur für Werbung GmbH, Wuppertal

Druck: Aumüller Druck GmbH & Co. KG, München/Regensburg

Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln. Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren. Die Redaktion trägt der gesellschaftlichen Diskussion über geschlechter- bzw. gendergerechte Sprache Rechnung, indem die Schreibweisen der Texte variieren.

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Englschalkinger Str. 12
81925 München
Telefon: 089 9541154-00
Fax: 089 9541154-99
landeszentrale@blz.bayern.de
www.blz.bayern.de

BLZ AUF SOCIAL
MEDIA

